

Halle'sche Zeitung

1913. Nr. 178.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Druckerei für Halle und Vertriebs 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Gratiis-Beilagen: Halle'scher Courrier (tägl. Feuilleton), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Samst. Witzblätter, Jährliche Witzblätter, Sächsisch-Preussische, Münchener, für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die sechsgetragene Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle und den Umkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Beilagen am Sonntag bei reaktionären Zeitschriften 10 Pfennig. Einzelnummern bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktionstelefon 8110. Telefax: Dr. Grassler-Telegraph, Halle (Saale).

Donnerstag, 17. April 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurirtel Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ciesla, Halle (Saale).

Der „Sall Strekies“.

In Remel-Gehekrug fand 1908 eine Reichstagsersatzwahl statt, nachdem der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Schwabach das Mandat niedergelegt hatte, weil die Unzulänglichkeitsklärung seines Mandates zu erwarten stand. Zwischen den Liberalen und den Nationalen wurde 1908 ein Vertrag dahin geschlossen, daß die Littauer Herr Schwabach 1908 als ihren Kandidaten aufstellen, während für die nächste Wahl von beiden Parteien ein Littauer aufgestellt werden sollte. Zu den eifrigen Parteigängern des nationalliberalen Kandidaten gehörte Herr Strekies. Für die Wahl 1912 beschloßen die beiden littauischen Wahlvereine in ihrer Mehrheit, dem Vertrage entsprechend, einen nationalliberalen Kandidaten aufzustellen. Ein Teil der Littauer trat den Vereinen aus, bildete neue Wahlvereine, die Herr Schwabach wieder aufstellten. Hierin erklärten die übrigen Littauer einen Bruch des Vertrages und der von Herrn Schwabach in feierlicher Form gegebenen Zusage und stellten als Gegenkandidaten Herrn Strekies auf. Dieser erklärte, daß er der deutschkonservativen Partei nicht angehöre und nicht beitreten würde. Die deutschkonservativen Wahlvereine beschloßen, von der Aufstellung eines besonderen Kandidaten abzusehen, da diese ausstichlich ersehen, und Herrn Strekies zu unterstützen. Es kam zur Stichwahl zwischen Strekies und Schwabach, bei der die sozialdemokratischen Stimmen entscheidend waren. Herr Strekies wurde von konservativer Seite gefragt, ob er etwa die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokraten anerkennen würde, in welchem Falle ihm die Stichwahlunterstützung der Deutsch-Konservativen verweigert werden würde. Er verneinte dies. Kurz vor der Wahl stellte sich heraus, daß Strekies dem Vertreter der Sozialdemokraten Erklärungen abgegeben hatte, die er zwar selbst nicht als formelle Anerkennung ihrer Stichwahlbedingungen aufnahm, die aber sachlich als solche aufgefaßt werden mußten. Unmittelbar nach erlangter Kenntnis hiervon erließen die konservativen Kreisvereine, da ihnen im Wahlkreis ein Organ: nicht zur Verfügung stand, in der „Niederpreussischen Zeitung“ eine Erklärung, wonach Herr Strekies durch die Deutsch-Konservativen nicht zu unterstützen sei. Die von liberaler Seite aufgestellte Behauptung, daß diese Erklärung ebenfalls zu spät veröffentlicht sei oder daß die betreffenden Nummern zu spät mit Absicht in den Wahlkreis geschickt waren, ist nachweislich un wahr. Auch die Sozialdemokraten erklärten, daß Herr Strekies, weil er den Konservativen gegenüber die Anerkennung der Stichwahlbedingungen abgelehnt hätte, nicht zu unterstützen sei und Herr Schwabach wurde mit großer Mehrheit gewählt.

In einem Presseprozeß hat kürzlich Herr Strekies auf neue erklärt, daß ihm konservativen Herren aus dem Wahlkreis damals gelang hätten, es bestände kein Bedenken, daß er die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokraten anerkenne. Namen hat Herr Strekies bisher nicht genannt.

Die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, kann den betreffenden konservativen Herren der Vorwurf einer direkten Verletzung konservativer Grundfälle nicht gemacht werden, obwohl sie dabei eine den Entschieden der maßgebenden konservativen Instanzen im Kreis widersprechende Stellung eingenommen haben würden. Eine solche Verletzung läge vor, wenn es sich um Erklärungen eines deutsch-konservativen Kandidaten gehandelt hätte. Das war nicht der Fall. Herr Strekies war und ist nicht deutsch-konservativ. Wenn er die Stichwahlbedingungen anerkannte, handelte er nicht anders, als es zahlreiche Liberalen getan haben. Trotzdem verlangen die liberalen Parteien Unterstützung durch die konservative Partei als ihr selbstverständliches Recht. Wenn die Auffassung in der Frage kommenden Herren trotzdem ganz vereinsamt geblieben ist, und wenn sie den ausdrücklichen Erklärungen der maßgebenden konservativen Partei-Instanzen widerspricht, so beweist das, daß die konservative Partei auch bei Nichtangehörigen der Partei jedes Parteiliches mit Sozialdemokraten, das die Liberalen als ihr gutes Recht betrachten, scharf ablehnend beurteilt.

Selbstverständlich kommt für die Zukunft eine Unterstützung des Herrn Strekies als Kandidat von konservativer Seite nach dem, was geschehen ist, nicht mehr in Frage. Seine Aufstellung ist auch nicht zu erwarten. **Georg**

haben ist aber, daß er für seine Person nichts anderes getan hat, als was der Gesamtverband der fortschrittlichen Volkspartei offiziell und unter Billigung des Parteitagés auch getan hat, nämlich, feste Vereinbarungen mit den Sozialdemokraten einzugehen, und diese Tatsache, um gleichzeitig die Unterstützung der rechtsstehenden Parteien in Anspruch nehmen zu können, so lange es ging, wahrheitswidrig abzulagerte.

Trotz dieses Verhaltens der Volkspartei hat die nationalliberale Partei mit ihr ein enges Wahlbündnis geschlossen. Sie hat also auch ihrerseits nicht die geringste Veranlassung, gegen Herrn Strekies oder gegen die Deutsch-Konservativen in Remel-Gehekrug irgendwelche Vorwürfe zu machen. **C. K.**

Die Helden von Nancy.

Unter den Deutschen, die in Nancy letzten Sonntag von den Franzosen so unflätig beschimpft wurden, befand sich auch ein Zeiger, Herr Fritz Heyne, Sohn des Vätermeisters Heyne. Die Situation war, wie Herr Heyne schreibt, „gräßlich“. Das waren keine Menschen mehr, sondern Tiere, deren einziger Grund für die niederträchtigen, gemeinen Behandlung nur in unserer Nationalität als „Deutsche“ zu suchen ist. Denn erstens haben wir bei Ausführung des Stüdes nicht „gemurnt“, allerdings auch nicht Weifall gekläht, und dann sind wir auch nicht des Lokals verwiesen worden. Die französische Armee ist von uns in feiner Weise ermüdet worden.

Der deutsche Vorkämpfer über die Affäre von Nancy. Die Kaiser Zeitung „Gil Blas“ veröffentlicht ein Interieur ihres Redakteurs mit dem deutschen Vorkämpfer in Paris, Herrn von Schön, der über die Unterredung folgenden berichtet: Auf meine Frage, ob ein offizieller Bericht für die deutsche Regierung über die Angelegenheit in Nancy ausgearbeitet wird, erklärte der Vorkämpfer: Ich kann Ihnen im Augenblick nur sagen, daß eine ganz genaue Unterredung eingeleitet werden wird. Ich frage, ob über die Sache von der deutschen Regierung der französischen Regierung gegenüber Vorstellungen erhoben werden würden. Der Vorkämpfer erwiderte, kein Schritt dieser Art werde unternommen, bevor wir nicht im Besitz umfassender Dokumente sind. Im übrigen kann ich nur sagen, daß die französische Regierung erst abgewartet hat, bis der deutsche Vorkämpfer vorstellig wurde, um eine genaue Unterredung der Affäre anzuordnen. Dieser Beweis von Lakt hat einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen. Dann erklärte der Vorkämpfer noch folgendes: „Wenn es wahr ist, daß Deutsche geschlagen worden sind, daß sie gezwungen wurden, niederknien und vorbeikommen, so würde die französische Offiziere zu gründen, so würde der Vorkämpfer unter Umständen einen sehr ernsten Charakter haben. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich französische Offiziere zu so vorgerückter Nachforschung auf dem Bahnhof haben. Wie dem aber auch sein mag, so ist es in jedem Falle ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Es sind Funken, die in eine ziemlich geladene Atmosphäre fallen. Die deutschen Telegramme enthalten sehr schmerzvolle Tatsachen. Soeben bekomme ich den Schlußbericht über die Landung des „J. 4“. Dieser zeigt, daß die französische Bevölkerung durchaus keine Sympathie für die Verletzung zeigte, daß sie im Gegenteil sogar eine ziemliche Roheit an den Tag legte. Sie sehen, ein Zwischenfall zieht den anderen nach sich. Wenn die Zwischenfälle von Nancy tatsächlich den Charakter tragen, so würden meine Landsleute sich verpflichtet sehen, nicht mehr in Frankreich zu reisen, da sie sich dort nicht mehr in Sicherheit befinden.“

Der Direktor der Kontrollabteilung im Ministerium des Innern, Staatsrat Ogier, hat sich Mittwoch vormittag um 9 Uhr auf die Präfektur zu Nancy begeben und dort die Organe der staatlichen Polizei von Nancy, Kommissar Fresnes und Spezialkommissar Weis, sowie den Polizeikommissar des dritten Kroneniments Neu, der die Unterredung über den Vorkamp am Sonntag abend geführt, und den Spezialkommissar Feyen welcher an der Unterredung teilgenommen hatte, empfangen. Kommissar Ray und dann die Spezialkommissare haben nacheinander verschiedene Zeugen verhört, deren Aussagen miteinander übereinstimmen. Auch die Staatsanwaltschaft sowie die staatliche und die städtische Polizei nahmen teil. Einige der am meisten kompromittierten Leute seien bekannt, da jedoch bei den nancyer Behörden keinerlei Strafanzeige erstattet wurde, hätten diese bisher keinen Grund, irgendein Vorgehen.

Deutsches Reich.

Das Reichsgericht über Telegramm-Verstümmelung. Das Reichsgericht hat vor kurzen aus Anlaß eines Schadenersatzprozesses ein Urteil gefällt, das für weite Kreise von bedeutendem Interesse ist. Es handelt sich um eine auf Grund einer Telegrammverstümmelung erhobenen Schadenersatzklage. Die Verstümmelung des Telegramms war dadurch entstanden, daß der Absender in dem Originaldriftstück eine Zahl nicht in Buchstaben, sondern in Ziffern geschrieben hatte. Das Reichsgericht erkannte, daß bei wichtigen Telegrammen eine Sachlässigkeit des Absenders darin liege, wenn er im Text enthaltene Zahlen nicht so schreibt, daß jeder Fehler bei der Übertragung ausgeschlossen sei. Er hätte die Zahl also nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben schreiben müssen. Das Reichsgericht verurteilte demnach den beklagten Beamten nur zur Tragung der Hälfte des durch die Telegrammverstümmelung entstandenen Schadens. Diese Entscheidung des Reichsgerichts, die eine für die Telegrammbeamten günstige Auffassung vertritt, bedeutet eine wertvolle Ergänzung der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches. Nach dem HGB. ist der Beamte gegenüber dem Auftraggeber für die Richtigkeit der ihm übergebenen Nachrichten gegenüber obliegende Amtspflicht verpflichtet. Fällt dem Beamten nur Sachlässigkeit an, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Geschädigte nicht auf andere Weise Erlös zu erlangen vermag.

Die Reichstagsvorlage für die Veteranenfürsorge. Wie man uns schreibt, ist die Vorlage des Reichstagsamts zur Erweiterung der Veteranenfürsorge nunmehr dem Bundesrat zugegangen. Man rechnet damit, daß sie dort schon in nächster Zeit verabschiedet wird, so daß sie noch im Laufe dieses Monats an den Reichstag gelangen kann. Die in der Vorlage angeforderten Mittel zur Erweiterung der Veteranenfürsorge werden sich auf 7-8 Millionen Mark belaufen. Es ist dies der Betrag, den man aus dem Reichsmonopol für die Veteranen zu erzielen gehofft hatte. Besondere Bedingungsbedingungen wird die Vorlage nicht enthalten, da es möglich ist, die Mehrerlöse in erster Linie auf eine Erhöhung der den einzelnen Veteranen gewährten Beihilfen bestehen. Außerdem aber wird die Vorlage die notwendigen Auslegungen der für die Bewilligungen geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wie sie durch die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats in bezug auf die Begriffe „Unterstützungsbedürftigkeit“ und „Erwerbsumfähigkeit“ den Bundesregierungen anempfohlen ist, eine gesetzliche Grundlage geben. Einer Erweiterung des Kreises der zu unterstützenden Veteranen dient der im Reichsstat für 1913 vorgesehene Betrag von 2 Millionen, mit dem der Fonds die Höhe von 31 Millionen Mark erreicht. Eine außerordentliche Statistik über die im Reich vorhandene Zahl der Veteranen besteht nicht, nach früheren Erhebungen dürfte sie jedoch die Zahl 400 000 nicht mehr erreichen.

Kleinere politische Nachrichten.

Der Kaiser begab sich Mittwoch nachmittag mit Gefolge und mit den Geschlechtern, welche zur Frühstücksstafel geladen waren, im Automobil nach der Saalburg, wo er um 2½ Uhr auf dem Plage eintraf, auf dem die Kavallerie unter Befehl des Hauptmanns Stiller bei den Schanzarbeiten beschäftigt waren. Das Wetter war schön. Die Schulen Homburgs und ein zahlreiches Publikum begrüßten den Kaiser mit Hurraufen. General Sibemann hielt zunächst einen Vortrag über die Art und die Ziele der Schanzarbeiten. Die Arbeiten wurden darauf eingehend besichtigt, und der Kaiser untersuchte sich längere Zeit mit den anwesenden Herren. Um 4 Uhr wurde eine Fremdenloge nach dem Dreimühlenbrunn unternommen, worauf der Kaiser sich zum Kaffee begab. Er besah, daß nunmehr die Schulen zur Verfertigung der Schanzarbeiten bezogen werden. (Mittwoch) erließen den Hebungsbefehl das Regimentskommando „Victoria Louise“. Der Kaiser führte hierauf die geladenen Herren durch das Kaffee und das Saalburg-Restaurant. Später wurde von dem Kaiser und seinen Gästen der See in den oberen Räumen des Saalburg-Restaurants eingenommen. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Louise, welche zunächst den Friseur Ernst August nach Frankfurt geleitet, darauf das Gesundheitsamt besichtigt, und bei der Kaiserin Friseur Herr von Hesse, den See genannten hatten, erschienen dann auch noch auf der Saalburg. Die Majestäten kehrten später nach Homburg zurück.

Beleid des Kaisers am Tage Goggenfels. Vom Kaiser lief bei der Familie Goggenfels in Homburg folgendes Beleidstogramm aus Schloß Homburg ein: „Seine Majestät der Kaiser haben mit lebhaftem Bedauern die Meldung von dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters erhalten und sind Ihnen sehr herzlich für den üblichen Hinterbliebenen Allerhöchster Würdigen Beileid aus dem Reichsamt haben den Beerdigung und seine Beerdigung sehr geschickt und werden ihm stets ein freundliches Gedenken bewahren. Auf Allerhöchsten Befehl Geheimter Kabinetstakt von Valentin.“

Der Herzog und die Herzogin von Cumberland und Prinzessin Olga haben Mittwoch nachmittag 2 Uhr 15 Minuten nach Berlin die Eisenbahn die Potsdam und den Gumbiner über München angetreten. Im Bahnhof waren zur Begrüßung der Großherzogin und der Großherzogin sowie Prinz und Prinzessin Max von Baden mit ihren Kindern erschienen. Die Gesellschaften trafen abends 8 Uhr in München ein, wo sie bis zum Freitag verbleiben wollen.

Deutscher Reichstag.

Stizung vom 16. April 1913.

Am Bundesratlich die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Jagow.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.
Die Spezialberatung des Etats für das Finanzjahr 1913 wurde fortgesetzt.

Staatssekretär v. Jagow:
Ich möchte, meine Herren, zunächst eine kurze Mitteilung zu dem Bericht in Nancy

machen. Der französische Herr Minister des Äußeren hat unserem Botschafter in Paris mitgeteilt, daß die bis jetzt vorliegenden Berichte der Behörden von Nancy noch keine genügenden Aufschluß über alle Tatsachen geben, und daß die französische Regierung daher einen hohen Staatsbeamten mit der Vornahme einer gründlichen und strengen Untersuchung betraut habe. Das Ergebnis ist zunächst abzuwarten. Andererseits ist uns telegraphisch vom kaiserlichen Statthalter in Straßburg die Überlegung der von den Vorgesetzten in Metz aufgenommenen Proteste und der Aussagen der Betroffenen in Aussicht gestellt worden. Deshalb werden diese, sobald sie eingetroffen sind, dem kaiserlichen Botschafter in Paris zugeandt werden, um dort bei der Untersuchung Berücksichtigung zu werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann:
Meine Herren! Ich möchte hier auf einige Bemerkungen eingehen, die gestern einige Herren Abgeordneten hier gemacht haben. Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, daß in Bezug auf die Sprache der russischen Sprache etwas für sich hat, so vermog ich doch nicht zuzugeben, daß seine Berücksichtigung absolut notwendig ist. Ich möchte zunächst bemerken, daß nicht etwa alle anderen Staaten dieses Prinzip beherzigen. Zur Zeit ist es wohl nur England, dessen Gesandter in Peking Chinesisch spricht; sein Vorgänger ist aber der chinesischen Sprache nicht mächtig gewesen. Wir haben, soweit wir Kräfte zur Verfügung hatten, das Prinzip, daß der Gesandte der Landesregierung mächtig sein soll, beibehalten. Ich erinnere an Herrn v. Brandt und Herrn v. Böttcher. Wir haben aber auch andererseits mit Beamten, die der chinesischen Sprache mächtig gewesen sind, sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich erinnere an Herrn v. Mumm, der sich in jeder Beziehung das Vertrauen der Deutschen darzulegen bemüht hat und zu Aufstellungen trotz seiner Unkenntnis der chinesischen Sprache ebenfalls feinerer Anlaß gegeben hat. Auch kommt jetzt noch hinzu, daß die Bedeutung der chinesischen Sprache wohl erheblich herabgemindert ist, da bei der neuen Regierung eine ganze Menge jüngerer Herren tätig sind und auf bedeutenden Posten arbeiten, die in Amerika ihre Ausbildung genossen haben und infolgedessen das Englische vollständig beherrschen. — Dann haben einige von den Herren Abgeordneten uns den Vorwurf gemacht, daß wir bei der Befestigung wichtiger Posten in ersten Zeiten nicht genügend Sorgfalt walten lassen, insbesondere daß wir wichtige Posten in erster Linie unbefestigt oder unzureichend befestigt lassen. Es ist namentlich auf Konstantinopel und Peking hingewiesen worden. Was Konstantinopel anlangt, so ist der Botschafter, Freiherr v. Wangenheim, am 16. Juni von Athen abgereist und ist zur Entgegennahme von Instruktionen hierher gekommen. Am 1. Juli lag uns bereits die Meldung vor, daß er seinen Posten in Konstantinopel angetreten hat. Was Peking anlangt, so kann ich auf Grund unserer Akten konstatieren, daß unserem Gesandten im ganzen 8 Militärkräfte zur Verfügung stehen: 2 Regimentssekretäre, 1 Militär- und 2 Dolmetscher. Von diesem Personal waren im vorangehenden Jahre nur ein Regimentssekretär und ein Dolmetscher beurlaubt. Die Anträge auf Verurlaubung waren von dem Gesandten selbst befürwortet worden, und wir glaubten, diesen Anträgen unwillkürlich widersprechen zu sollen, als selbstverständlich der Gesandte am ehesten in der Lage ist, zu beurteilen zu können, ob die Geschäftslage eine Verurlaubung einzelner Herren gestattet. Jedenfalls hat er sechs Herren noch zu seiner Verfügung behalten. Ich überlasse es Ihrem eigenen Ermessen, meine Herren, ob danach die etwas heftige Kritik, die gestern hier geübt worden ist, ganz beandwundet werden ist. (Vocalo redit.)

Abg. v. Wittenberg (Wittenberg):
Ich werde im allgemeinen Interesse für den Frieden und eine ruhige Entwicklung sprechen, panislamistische Agitationen liegen meinen Freunden fern. Die Balkanstaaten sind ein mächtiger Faktor in Europa geworden. Wenn ein Völk die slavische Frage berührt, so wird das von manchen Völkern falsch ausgelegt. Ich darf es mir nicht verzeihen, meine Bemerkung über die Art auszusprechen, wie die Slaven sich gehalten haben. Wenn Orientalen auf jener Seite vorgekommen sind, so ist das zu bedauern, aber die Türken haben Jahrhunderte lang viel schlimmere Orientalen begangen. Es handelt sich jetzt um eine neue politische Konstellation. Deutschland hat ein großes eigenes Interesse an dieser Konstellation. Wir Österreich ist diese Frage eine Lebensfrage. Es muß mit drei Völkern Slaven regieren und kann mit ihnen regieren. Der politische Bund hat stets die österreichischen Interessen vertreten. Dem verbannt Österreich seine finanzielle Entwicklung: Des Polen. Die politische Fraktion hat auch die österreichische Regierung bei der Einverleibung von Bosnien und der Herzegovina unterstützt. Dafür werden die Polen aber auch von der österreichischen Regierung entsprechend berücksichtigt. Wie anders bei uns in Preußen? Ich erinnere nur an die Schul- und Wohnungspolitik. Man sollte es sich überlegen, ob jetzt nicht der Moment gekommen ist.

Abg. v. Wittenberg (Wittenberg):
Dieser gefährlichen Polenpolitik
Einhalt zu tun: eine solche Politik muß auch im Interesse des Dreibundes genannt werden. Ich ist auch von Ausland mit Beziehung auf die panislamistische Gefahr gesprochen worden. Gerade die deutsche Regierung hat in ihrer Schmarrenpolitik die Polen so behandelt, wie es die Russen getan haben. Es ist erfreulich, daß auch der Reichstagler eingesehen hat, daß jetzt nicht der Moment ist, die Germanen gegen die Slaven aufzuheben. Was will denn Deutschland mit all den Elementen machen, die zwischen Rußland und Berlin liegen? Die preussische Regierung arbeitet dahin, daß gerade die ruhigen politischen Elemente ihren Einfluß verlieren. Das Deutsche Reich sollte gegenüber den Polen abstrahieren; diese Abstraktion würde ihm am besten nützen. Die antipolitische Synthese muß aufhören. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Wittenberg (Wittenberg):
Wenn man den Türken die Darbanelen überläßt, was man dann nicht auch Albanien? Das geschieht, weil man den Bulgaren Sibiria nehmen will. Es wird hier nicht nach dem Willkürprinzip, sondern nach Kombinationen gehandelt, um eine Macht gegen die andere auszuspielen. Wenn man strategische Rücksichten geltend macht, so können sich diese doch lediglich von selten Rumänien gegen Bulgarien ziehen. Rumänien hat

nach Artikel 44 des Berliner Vertrages den Juden gegenüber Verpflichtungen, das muß ich nochmals betonen. Dieser Vertrag ist in keinem Punkte erfüllt worden. Die Beschwerden der preussischen Polen werden in dem gleichen Augenblick erledigt sein, wo Preußen ihnen gegenüber eine gerechte Politik treibt. In Prantreich wohnen Hunderttausende von Deutschen, ohne daß ihnen irgend etwas in den Weg gelegt wird. In Nancy allein sind 6000 deutsche Arbeiter tätig. Die französische Regierung und das französische Volk in seiner großen Masse, sie wollen den Frieden. Wer den Frieden will, muß dahin arbeiten, daß jeder Beschäftigte der Boden entgegen wird. Das ist unsere Politik, und unsere Politik wird den Sieg behaltem.

Damit schloß die Diskussion. Das Geschäft des Staatssekretärs wurde bewilligt. Die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution, betreffend die Zulassung zum diplomatischen Dienst, wurde angenommen. Die sonstigen Ausgaben für das auswärtige Amt wurden ohne Debatte bewilligt, ebenso die Beschlüsse für die Vorgesetzten und Befehlshabern. Bei den Beschlüssen der Konjunkturbeamten brachte

Abg. v. Pöhlert (Reichsp.):
Beschwerden über schwere Mißhandlungen von aus Berlin bedürftigen Schiffungen vor, die befürchtet sind, und von den benutzten Schiffen in Höhe von 100000 Mark, worauf Scheimer Regimentsrat Schmidt-Dargatz erklärt, daß die Untersuchung sofort eingeleitet sei, daß aber das Ergebnis noch nicht vorliege.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dowe (Fortf. v. P.), Mollenhuth (Soz.) und Dr. Semler (Walt.) wurde das Kapitel angenommen, ebenso die Resolution, die den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandsoberschule fordert. Zum Titel „Förderung deutscher Schulen und Unterricht im Auslande“ wurde nach kurzer Debatte eine Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift über die deutschen Schulen im Auslande angenommen und der Rest des Etats bewilligt.

Es folgte der
Etat für den Reichstanzler und die Reichskanzlei.
Der Reichstanzler Dr. v. Bethmann Hollweg und die Staatssekretäre Dr. Eicko, Kühn und Dr. Solf erschienen am Bundesratstisch.

Zu diesem Etat lagen folgende Resolutionen vor:

- 1) Abgebr. und Genossen (Soz.): den Reichstanzler zu erlösen, dem Reichstag baldigen Gelegenheit zu unterbreiten, der für die Reichstagswahlen zum Schutze der Kinderheiten und zum Zwecke der wirksamen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältnisse wahrhaft und eine dem Wahlrecht entsprechende Gestaltung der Wahlkreise einzuwirken.
- 2) Mann und Genossen (Wirtsch. Vgl., Welfen und Klaffen): den Reichstanzler zu erlösen, in den einzelnen Verwaltungen, in denen das Bedürfnis hervortritt, insbesondere bei der Reichspostverwaltung und bei den Reichseisenbahnen Beamtenauschüsse zu errichten.
- 3) Dr. Strauß und Genossen (Fortf. v. P.): den Reichstanzler zu erlösen, in den einzelnen Verwaltungen, in denen das Bedürfnis hervorgerufen ist, insbesondere bei der Reichsmarine, der Reichspost und den Reichseisenbahnen, Beamten- und Angestelltenauschüsse zu errichten.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):
Das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes hat sich in den letzten 25 Jahren merklich umgewandelt, und das vorwärts entwickelt. Damit steht jedoch die politische Entwicklung im Widerspruch. Die konservative Partei, die bei den letzten Wahlen nur ein Zwölftel aller Stimmen erhielt, beherrscht nicht nur Preußen, sondern auch das Reich. Von einem fruchtbarer Vorkurschreiten ist unter der Herrschaft des Reiches erst recht keine Rede. Wollte man ihm einen lateinischen Namen geben, so müßte man ihn „Serratus“ nennen. (Heiterkeit.) Aber er ist ja von einer anderen Stelle abhängig und auch die Parteien des Hauses sind daran gebunden, in erster Linie die Nationalheraus. Mit dem Zentrum führt der Reichstanzler ein Kaufschiff an: So ist die Regierung zu erlösen. (Beifall im Zentrum.) Man sollte auch einmal eine Maßnahme für kulturelle Zwecke aufbringen. Der Fall des Deputierten Compère Morel in Magdeburg und Braunschweig ist gerade ein Schandebild für die Polizeiverwaltung. (Vocalo bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Dr. Pöhlert rief den Redner

zur Ordnung.

Vocalo redit.) Die Wirtschaftspolitik des Reichstanzlers führt zur Bauern der Verflechtung der Ernährungsmöglichkeit des Volkes. (Widerrechtlich.) Herr v. Dowe hat gestern unter Freudenstimmung seiner Freunde ein Loblied auf das preussische Wahlrecht gehalten. Das preussische Wahlrecht bevorzugt die Besitzenden und entzieht die große Masse des wertvollen Volkes. 40 Jahre haben beide Wahlssysteme neben einander bestanden, sagte der preussische Polizeiminister, das abgeleitete Wahlrecht entspricht der kulturellen Bedeutung. Entspricht es dieser Bedeutung auch, daß keine Kollegen in der dritten Wahlklasse wählen? (Heiterkeit.) Selbst der Reichstanzler wagt in der dritten Klasse mit dem Justizminister Dr. Völler zusammen. (Erneute Heiterkeit.) Der Kanzler würde dem Volke einen wirksamen Dienst erweisen, wenn er ihm als Jubiläumsgabe ein besseres Wahlrecht überreichte. Ein Minister in der ersten Wahlklasse hat gestern unter dringendem notwendig. Die Infrage des Reiches, daß es sich Zurückhaltung in politischen Dingen auferlegen wolle, ist nicht gehalten worden. Ich erinnere an die Colling-Rede, die vielen Jubiläumreden und die Angelegenheit des rauschgeschmittenen Pächters. (Vizepräsident Dowe: Diese Angelegenheit gehört nicht hierher. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Informationen des Reiches reichen nicht aus, und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung läßt sich sogar eine große Dreiführung zu Schulden kommen. (Vizepräsident Dowe: Die Einzelheiten gehören nicht hierher. Nach gleichem alten Brauch wollen wir die

Verlen des Reiches nicht in die Debatte stellen.
Vocalo redit und bei den Nationalheraus.) Zurückweisen müssen wir die Ablehnung, die uns in der Rede im Landwehrminister-Rosino unter wurde, wo wir als finstere Mächte des Unglaubens und der Vaterlandlosigkeit bezeichnet wurden. (Vizepräsident Dowe: Sie haben keinen Beweis dafür, daß Sie und Ihre Partei gemeint sind.) (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):
Wir wollen vorwärtskommen in dem Ausbau aller sozialpolitischen Fragen, um die Selbstverwaltung unseres Volkes zu erweitern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichstanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:
Meine Herren! Der Herr Vordrucker hat sich bei mir nach dem Stande der

Rechnungen
erlaubt. Seit den Verhandlungen im November v. J., die hier über die Festsetzung festgefunden haben, ist das Niveau eingetraten, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Festsetzungsgesetzes angenommen hat. Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschluß darüber gefaßt hat. Bei der Erörterung des Antrages hier im Reichstag ist des weitern über das Verhältnis des Reichstages zum Bundesrat gesprochen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Staatssekretär des Innern bei den Regierungen der Einzelstaaten Mitfragen gehalten, die lediglich eine Klärung bezwecken. Von einem Kaufhandel, meine Herren, den der Herr Vordrucker an die Wand malt, ist mir nichts bekannt. Meine Herren, dann hat der Herr Vordrucker sich nach den Vorgesetzten mit dem

französischen Sozialisten Compère Morel erlunbtigt. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braunschweig sind mir unbekannt und, wie mir der Herr braunschweigische Vertreter im Bundesrat mitgeteilt hat, hat auch er noch keine Nachricht. (Heiterkeit.) Wenn die Herren Sozialdemokraten glauben, gegen die von uns eingebrachte Beschlüsse protestieren zu müssen, und Beschlüssen abstimmen wollen, wenn sie es verantworten wollen, Deutschlands diejenige

Verklärung seiner Mitteilungen vorzunehmen, die zur Sicherheit unserer Zukunft notwendig ist, dann mögen sie es mit sich selbst abmachen. (Sehr richtig!) Wenn sie sich dazu fremde Mächte holen, können sie sich nicht wundern, daß wir ein Veto dagegen einlegen. (Beifall.) Der Herr Vordrucker hat gesagt, der Herr Compère Morel hätte ja garnicht gegen unsere Beschlüsse sprechen wollen, sondern lediglich gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja ein sehr verdienstvolles Werk, das gebe ich zu. Aber keine Anwesenheit in der deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, Ihre Agitation gegen die Beschlüsse zu unterstützen. (Sehr richtig!) Was wir bei der Beschlüsse in der nächsten Woche zu machen, das über wird von den Deutschen beschließen, und zwar von Deutschen ganz allein. (Beifall.) Wir brauchen kein Mitreden von fremden Herren, mögen sie in dieser Frage noch so kompetent sein oder mögen sie es nicht sein. (Beifall.) Meine Herren, dann ist der Herr Vordrucker auf den

Fall Soßki zurückgekommen. Ich glaube doch wirklich, der Anstich der großen Freiheit des Reichstages und der ganzen Öffentlichkeit Ausdruck zu geben, wenn ich sage, daß der Fall Soßki von Seiner Majestät, dem Kaiser und König

in einer Weise erledigt worden ist, daß er für uns alle erledigt ist, (Beifall) Zustimmung) und nicht mehr darüber zu sprechen ist. Der Herr Vordrucker hat behauptet, der Vertrag sei unrichtig, es habe sich um ein Geschenk gehandelt. Er hat auch einen Brief Seiner Majestät an den früheren Besitzer von Coblenz vorgelesen — ich ferne den Brief nicht, er wird wohl stimmen, wenn er glaubt, ihn hier mitteilen zu können. Mir liegt hier ein Kaufvertrag vom 15. November 1898 vor, worin im § 1 gesagt ist, daß Seine Majestät das Gut käuflich übernimmt. Nach § 2 werden sämtliche Hypotheken und Grundschulden übernommen. (Hört! hört!) Im § 5 wird eine einmalige Barsumme von 50 000 Mark festgesetzt, ferner eine jährliche Rente. Den Brief der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung habe ich nicht verfaßt, und ich weiß auch nicht, von welchem Briefen er ausgegangen ist. Doch halte ich die Möglichkeit dieses Briefes gegenüber den Behauptungen des Herrn Vordruckers aufrecht.

Meine Herren! Dann ist im Zusammenhange damit der Herr Vordrucker auf

Auhebungen Seiner Majestät des Kaisers eingegangen. Er hat sich dabei befaßt, daß Seine Majestät der Kaiser in einer Zirkular, die er vor verläumdeten Landwehr-offizieren in Berlin am 10. März, wenn ich nicht irre, gehalten hat, ausgerufen hat zum

Kampfe gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandlosigkeit.

Nun, meine Herren, wollen Sie etwa behaupten, daß solche Mächte bei uns eine Wirklichkeit sind und an der Arbeit sind? (Zustimmung rechts und im Zentrum; Widerspruch und Lachen bei den Soz.) Wollen wir uns nicht in der sozialdemokratischen Presse

Berühmungen des Gottesglaubens gefallen lassen? (Zuruf bei den Soz.: Nein! Umwahr!) — Fortgesetzte Umrah.) Ich habe keine Zustimmung hier, ich könnte sie Ihnen zu anderen bringen, ich habe vor kurzer Zeit aus der Zeitung der Volkswirtschaft einen Artikel bekommen, wo Einrückungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargestellt sind, daß ich allerdings den Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts gebeten habe, zu prüfen, ob nicht auf strafrechtlichem Wege dagegen vorgegangen ist. (Umrah bei den Soz.)

Meine Herren, auch ohne Prekonvention werden Sie, wenn Sie ehrlich sein wollen, mir zugeben müssen, daß Sie trotz aller Zerkanz, die Sie predigen, — ich spreche nicht von den Herren des Hauses, sondern von der Zeitigkeit draußen und der Presse — unausgesehnt den Gottesglauben anderer Leute antreiben. (Zuruf bei den Soz.: Umwahr!) Der ganze Reichstag ist da, glaube ich, auf meiner Seite (Beifall) Zustimmung) und ebenso wird über die Vaterlandsliebe in dem Sinne, wie sie die große Mehrheit des deutschen Volkes versteht, von Ihnen unausgesehnt gekämpft und gelapset. Denken Sie doch daran, daß der Kaiser diese Rede gehalten hat ungefähr 8 oder 14 Tage nach den

Berühmten Debatten über die Jahrsbuchbesitzer, die in Berlin in der Stadtvorordnetenversammlung festgefunden hatten. Ich erinnere Sie an die Ausführungen, die ich Ihnen von dem Herrn freiständigen Abgeordneten Casel gegenüber wurde. Da wundern Sie sich, meine Herren, daß gegenüber derartigen Vorfällen Seine Majestät der Kaiser an die finsternen Mächte, an den Gottesglauben, an die Gottesglaubens erinnert, welche die Grundzüge geworden sind für die Väter der unsers Volkes vor hundert Jahren. Der Kaiser hat in dem, was er gesprochen hat, dem preussischen, dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen. Das werden Sie uns nicht verheimlichen durch die Angriffe, die Sie dagegen richten. (Beifall) Beifall bei der Mehrheit, Ziffern bei den Sozialdemokraten, erneuter Beifall.)

Abg. Reichling (Fortf. v. P.):
Eine reine Freude haben wir nicht an der Reichspolitik. In der Zukunft sollte die Regierung bald zu einer Entschleunigung kommen. In der Angelegenheit des französischen Deputierten wäre es besser gewesen, wenn die Polizei nicht so kleinlich gewesen wäre. Vorwissen sollte im Falle Soßki bedeuten, was es sich zeigt, daß der Kaiser sich nicht informiert wird. Auch wir verlangen eine Reform des Wahlrechts. Insbesondere fordern wir die Verhältniswahl.

